

Kinder- und Jugendhilfe in der kinderlosen Gesellschaft?

Seit einiger Zeit wird von der Bevölkerungswissenschaft eindringlich darauf hingewiesen, dass alle Modellrechnungen des zukünftigen Bevölkerungsbestandes einen überaus deutlichen Bevölkerungsrückgang für die nächsten Jahrzehnte prognostizieren (vgl. Birg 1998). Neueste Grundlage derartiger Berechnungen ist die 9. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes. Die ungünstigste Variante, bei der keine Zuwanderungen aus dem Ausland unterstellt werden, lässt einen Rückgang der Bevölkerung von derzeit 81 Millionen auf nur noch 31 Millionen im Jahre 2080 erwarten. Diese Botschaft wurde dann vom Spiegel journalistisch als »Der Kinder-Crash« aufbereitet.

Obgleich die Bevölkerungsentwicklung auch für die Kinder- und Jugendhilfe eine Grundgröße darstellt, die darüber Auskunft gibt, mit wie vielen jungen Menschen die Kinder- und Jugendhilfe in den einzelnen Aufgaben und Diensten prinzipiell zu rechnen hat, wurden bislang kaum systematische Anstrengungen unternommen, die jeweils vorliegenden Bevölkerungsvorausberechnungen als Planungsinstrument zu nutzen. Die Bevölkerung ist zwar nicht der einzige Faktor, der sich auf das Volumen der Jugendhilfeleistungen auswirkt, dennoch liefern Bevölkerungsvorausrechnungen zumindest Erkenntnisse darüber, wie sich die quantitative Ausgestaltung entwickeln wird, solange sich die Rahmenbedingungen nicht ändern. Die vom Statistischen Bundesamt vorausgerechnete Bevölkerungsentwicklung lässt deutliche Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern erkennen.

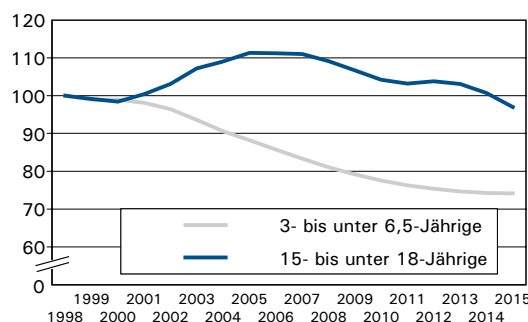
Alte Länder

Zwischen den Jahren 1998 (Basisjahr der Vorausberechnung) und 2012 ist in den alten Ländern mit einem Rückgang der Geburten von ca. 22% zu rechnen. Dies wirkt sich zeitlich versetzt auf einzelne Altersgruppen aus, so dass z.B. die 3- bis 6,5-Jährigen (Kindergarten) bis zum Jahre 2015 um 22% zurückgehen werden (vgl. Abb.1). Dies ist immerhin ein Rückgang von ca. 640.000 Kindern. Dieser Trend gilt allerdings nicht für alle Altersgruppen. Die über 12-Jährigen werden als Auswirkung der stärkeren Jahrgänge der Eltern- generation vor dem sogenannten »Pillenknick« Mitte der 60er

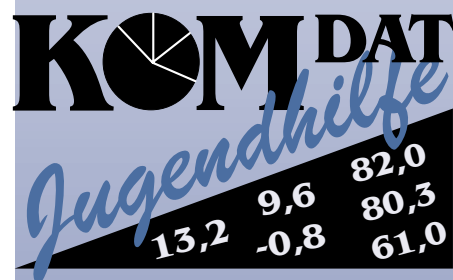
Jahre vorerst noch weiter steigen. Z.B. ist für die 15- bis unter 18-Jährigen bis zum Jahre 2006 noch mit einem Zuwachs von 11% zu rechnen. Dies wird sich vermutlich in den nächsten Jahren in höheren Fallzahlen bei den stationären Erziehungshilfen niederschlagen, da der Anteil der Minderjährigen in stationären Hilfen an der altersgleichen Bevölkerung in den letzten 15 Jahren praktisch konstant geblieben ist.

Mit diesen unterschiedlichen Entwicklungen muss sich die Jugendhilfe auseinandersetzen und planungsrelevante Antworten finden. Dabei sind mehrere Optionen denkbar: Verbesserung der Betreuungsqualität in Kindergärten durch die Reduzierung der Gruppengrößen; Ausbau der Angebote für die Altersgruppen der unter 3- bzw. der über 6-Jährigen durch die Umwidmung von Kindergartenplätzen; Umschichtung eines Teils der öffentlichen Mittel zugunsten der »anderen Aufgaben« der Kinder- und Jugendhilfe, etwa für einen erwartbaren höheren Bedarf bei den stationären Erziehungshilfen. Zumindest wären das drei denkbare Optionen, die unter fachlichen Ge-

Abb 1: Bevölkerungsvorausberechnung ausgewählter Altersgruppen (AL; '98-2015; Index '98=100)



Quelle: StBA: 9. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2000



Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe, Informationsdienst der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, AKJ^{Stat}, gefördert durch das BMFSFJ und MFJFG NW

Editorial

Mit dieser Ausgabe geht der Informationsdienst der AKJ^{Stat} in sein viertes Erscheinungsjahr. Die Anzahl von nunmehr 450 AbonnentInnen zeigt uns, dass statistische Analysen in Verbindung mit fachlichen Kommentaren zunehmend benötigt werden.

Kom^{Dat} widmet sich diesmal an erster Stelle den Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Kinder- und Jugendhilfe. Dieses Thema, zunächst in der Fachdebatte sträflich vernachlässigt, gewinnt mehr und mehr in Praxis, Politik und Wissenschaft an Bedeutung, geht es doch hier um gesellschaftspolitische Zukunftsfragen.

Darüber hinaus beinhaltet Kom^{Dat}, nachdem die letzten Ausgaben im Zeichen der neusten Einrichtungs- und Personaldaten standen, erste Analysen zu den soeben seitens des Statistischen Bundesamtes veröffentlichten Zahlen der Hilfen zur Erziehung, der finanziellen Ausgaben und Einnahmen sowie den Sorgerechtsentzügen für das Jahr 1999.

Inhalt

Schwerpunktthemen

Kinder- und Jugendhilfe in der kinderlosen Gesellschaft ?	1
Familien mit Kleinkindern als Adressaten von Hilfen zur Erziehung	2
Die Ausgabenentwicklung für die Kinder- und Jugendhilfe ist stabil	3

Kurz und prägnant

Fachberatung für Kindertageseinrichtungen	5
Anzeigen der Jugendämter zum Sorgerechtsentzug	5

Notizen

Aktuelle Literatur	6
------------------------------	---

sichtspunkten durchaus plausibel zu vertreten sind.

Neue Länder

In den neuen Bundesländern werden die Geburtenzahlen wieder steigen: Von 104.000 im Jahre 1998 auf knapp 127.000 im Jahr 2010. Für die 3- bis unter 6,5-Jährigen ist zwischen 1998 und 2014 ein Anstieg von fast 50% im Durchschnitt zu erwarten (vgl. Abb. 2). Bezüglich der älteren Jahrgänge ergibt sich aufgrund des durchwandernden Geburtentiefs eine deutliche Reduzierung um bis zu 60%. Diese entgegengesetzten Tendenzen wirken sich daher mit unterschiedlicher Brisanz in den einzelnen Arbeitsfeldern aus.

In den Kindertageseinrichtungen ist mit einem Anstieg des Platzbedarfs zu rechnen, der sich einerseits in erhöhten Betriebskosten und andererseits in einem wachsenden Bedarf an Fachpersonal niederschlagen wird. Die Arbeitsfelder, die in einem höheren Maße mit Jugendlichen zu tun haben, werden wahrscheinlich mit geringeren Bedarfen konfrontiert werden. Eine altersgewichtete Schätzung des Bedarfs bis 2010 für die stationären Erziehungshilfen, die ihren Schwerpunkt ja bei den 15- bis unter 18-Jährigen hat, lässt einen Rückgang von 40% erwarten.

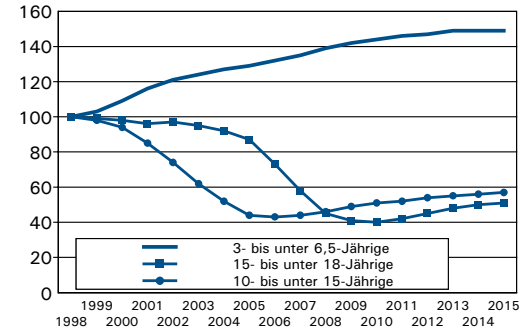
Anforderungen an die kommunale Jugendhilfeplanung

Die aufgezeigten Tendenzen machen deutlich, dass keine einheitlichen Entwicklungen weder zwischen den einzelnen Arbeitsfeldern noch den alten und neuen Ländern zu erwarten sind. Darüber hinaus weisen regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnungen aufgrund der Binnenwanderung (z.B. von Stadtkernen in die ländlicheren Randzonen der Städte) ebenfalls unterschiedliche Tendenzen auf. Um in diese Entwicklungen gestaltend einzugreifen,

Eine regionale Analyse der AKJ^{Stat} über die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung für Westfalen-Lippe ist als down-load zu finden unter: www.lwl.org/lja/ / Online-Veröffentlichungen

fen, ist die Landes-, aber insbesondere die kommunale Jugendhilfeplanung gefordert. Dabei bedarf es differenzierter und kleinräumiger Prognoseberechnungen. Die sich daraus ergebenden verschiedenen Entwicklungs- und Handlungsszenarien dürfen allerdings nicht nur in der Hand der Daten- und/oder Finanzexperten verbleiben, sondern müssen Gegenstand eines kooperativen Aushandlungsprozesses zwischen allen Institutionen/Fachabteilungen und den Betroffenen werden.

Abb. 2: Bevölkerungsvorausberechnung ausgewählter Altersgruppen (NL; '98-2015; Index '98=100)



Quelle: StBA: 9. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2000

Matthias Schilling

Familien mit Kleinkindern als Adressaten von Hilfen zur Erziehung

Die Fallzahlen zu den Erziehungshilfen bis zum Jahre 1998 haben gezeigt, dass die Hilfen zur Erziehung ein wachsendes Segment der Kinder- und Jugendhilfe darstellen (vgl. KomDat 1/00). Diese Entwicklung setzt sich für das Jahr 1999 weiter fort. Summiert man die beendeten Erziehungsberatungen (§ 28) sowie die andauernden und beendeten Leistungen der ambulanten und der stationären Erziehungshilfen (§§ 29 bis 35) auf, so beträgt das Fallzahlvolumen etwas mehr als 540.000 Hilfen. Gegenüber dem Stand von 1991 mit knapp 343.500 Leistungen entspricht dies einer Zunahme von 57,4%. Diese Zunahme ist in erster Linie auf die Erziehungsberatung (+ 72,6%) und die ambulanten Hilfen (+114,1%) zurückzuführen, während die Fremdunterbringungen (§§ 33, 34) mit 24,4% eher moderat gestiegen sind, insbesondere wenn man den Fortschreibungsfehler durch vergessene Abmeldungen berücksichtigt (vgl. KomDat 1/98). Diese Gesamtentwicklung lässt jedoch kaum Rückschlüsse auf altersgruppenspezifische Entwicklungen bei der Inanspruchnahme von Erziehungshilfen zu (vgl. Bürger 2001). Dies gilt u.a. für die Altersgruppe der unter 6-Jährigen und deren Familien, die bislang im Rahmen der empirischen Jugendhilfeforschung zum Bereich der Hilfen zur Erziehung weitestgehend unbeachtet geblieben ist (vgl. BMFSFJ 1998).

79.000 Hilfen zur Erziehung für Kleinkinder und deren Familien

Das Fallzahlvolumen der Hilfen zur Erziehung für junge Menschen unter sechs Jahren und deren Familien hat sich in den 90er Jahren von 72.899 im Jahre 1992 auf 79.175 Leistungen 1999 erhöht. Dies entspricht einer Zunahme von 8,6%. Bezogen auf die altersentsprechende Bevölkerung bedeutet diese Entwicklung, dass 1992 pro 10.000 der unter 6-Jährigen 136 Hilfen gezählt wurden, während dies 1999 bereits 167 sind (vgl. Tab. 1). Dieser Anstieg resultiert aus steigenden Belastungen von familiären Netzwerken mit Kleinkindern und den daraus entstehenden Konflik-

ten. Darüber hinaus sind bessere Zugangsmöglichkeiten zum Leistungsangebot der Kinder- und Jugendhilfe einhergehend mit einer sich verändernden Wahrnehmung von Erziehungsdefiziten bei den am Hilfeprozess Beteiligten für diese Entwicklung verantwortlich.

Tab. 1: Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung (HzE) insg. und in der Gruppe der unter 6-Jährigen bezogen auf 10.000 der altersentspr. Bevölkerung (Deutschl.)

	HZE insg.	unter 6-J. mit HzE
1992	210,7	136,1
1995	242,3	156,0
1999	293,1	167,4

Quelle: StaBA: FS 13, Reihe 6.1.1, 6.1.2, 6.1.4, versch. Jahrgänge

Rückgang der eingriffsorientierten, familienersetzenden Hilfen

Der generelle Anstieg der Erziehungshilfen für die Gruppe der unter 6-jährigen Kinder und deren Familien beinhaltet unterschiedliche Entwicklungen bei den ambulanten und stationären Leistungen. Wurden 1992 noch 50.800 Erziehungsberatungen, Erziehungsbeistandschaften, sozialpädagogische Familienhilfen und Tagesgruppenerziehungen gezählt, so sind dies 1999 bereits 65.200. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Fremdunterbringungen von 22.087 auf 13.932 reduziert. Diese Entwicklung ist allerdings weniger als eine Form der Substitution der stationären Hilfen durch ambulante Leistungen zu werten (vgl. Bürger 2001), sondern spricht eher für die Anwendung von niedrighschwelligem Zugangskriterien zur Bestimmung eines erzieherischen Bedarfs.

Diese Vermutung bestärkt sich bei einem Blick auf die unterschiedlichen Entwicklungen im Spektrum der einzelnen Hilfearten. So sind neben den Erziehungsbeistandschaften auch die Tagesgruppenerziehungen Leistungen, die von Familien mit unter 6-jährigen Kindern immer seltener in Anspruch ge-

nommen werden. Gleichzeitig jedoch zeigt sich, dass mit der Erziehungsberatung und der sozialpädagogischen Familienhilfe Leistungen zunehmend genutzt werden, die erstens unmittelbar bei der Familie ansetzen und zweitens darauf abzielen, Familien bereits dann zu unterstützen, wenn sich Problemlagen noch nicht verfestigt haben (vgl. Helmig 2000; Menne 2001).

Weniger Hilfen als in anderen Altersgruppen

Trotz des Anstiegs der Fallzahlen für die unter 6-Jährigen und deren Familien werden Hilfen zur Erziehung im Vergleich zur Gesamtsituation nach wie vor in geringerem Umfang in Anspruch genommen (vgl. Tab. 1). Diese Unterschiede zwischen der Inanspruchnahme insgesamt und die der Familien mit Kleinkindern allein damit zu begründen, dass letztere Gruppe sich mit weniger familiären Konflikten auseinandersetzen muss, ist sicherlich eine unzulässige Verkürzung. Vielmehr gilt es in diesem Zusammenhang zu beachten, dass

- das Angebotsspektrum der Hilfen zur Erziehung in den §§ 28 bis 35 nur zum Teil für Bedürfnisse von Kleinkindern und Eltern zur Kompensa-

tion des erzieherischen Defizits in Frage kommt,

- Verhaltensauffälligkeiten von Kindern oder Probleme im Umgang mit ihnen und die dahinter stehenden erzieherischen Defizite häufig erst nach dem Wechsel in die Schule sichtbar werden, wenn im Unterschied zu Elternhaus und Kindertageseinrichtung Leistungen gemessen und Verhalten stärker normiert wird (vgl. Menne 1997),
- die Kindertageseinrichtungen als mittlerweile in der Bundesrepublik etabliertes Regelangebot für Kinder zwischen 3 und 6 Jahren nicht nur bestimmte individuelle Verhaltensauffälligkeiten und familiäre Probleme wahrnehmen, sondern gleichsam kompensieren sowie
- Eltern von noch nicht schulpflichtigen Kindern bei auftretenden Schwierigkeiten in der Erziehung und vor allem bei ungewöhnlichen Verhaltensmustern weniger die Kinder- und Jugendhilfe aufsuchen, sondern eher medizinische Dienste, wie die des Kinderarztes, in Anspruch nehmen.

Jens Pothmann

Die Ausgabenentwicklung für die Kinder- und Jugendhilfe ist stabil

Die Ausgaben der öffentlichen Kostenträger für die Kinder- und Jugendhilfe sind in den letzten Jahren nominal nur in geringem Ausmaß gestiegen. Die gerade zugänglich gemachten Finanzdaten der Kinder- und Jugendhilfestatistik für das Jahr 1999 weisen gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 2,1% aus, was einem Wert von ca. 720 Mio. DM entspricht. Nach Abzug der Einnahmen – die über mehrere Jahrgänge hinweg konstant ca. 11% der Gesamtausgaben ausmachen – ergibt sich eine Ausgabenbelastung der öffentlichen Haushalte von etwa 31,4 Mrd. DM.

Die reale Gesamtentwicklung der Ausgaben

Auf der Grundlage der durch die amtliche Statistik jährlich ausgewiesenen Finanzdaten lassen sich Entwicklungen nachzeichnen. So lässt sich beispielsweise zeigen, dass die Gesamtausgaben aller öffentlichen Kostenträger für das System der Kinder- und Jugendhilfe von 1995 bis 1999 um 6,2% gewachsen sind. Diese Information zur Ausgabensteigerung ergibt sich durch einen Vergleich der nominalen Daten, die al-

lerdings die Preisveränderungsraten in diesem Zeitraum nicht in Betracht ziehen. Unter Berücksichtigung der Preisindizes (für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) ergibt sich ein anderes Bild: Die realen Veränderungen schwanken zwischen 1995 und 1999 uneinheitlich (vgl. Abb. 1). Unter Berücksichtigung des linearen Trends lässt sich allerdings zeigen, dass insgesamt von einer Stabilisierung bzw. Stagnation der (um die Preisentwick-

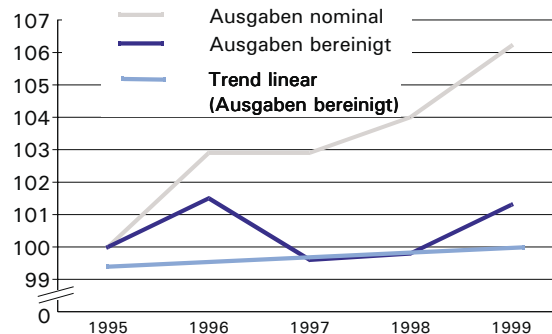
lung bereinigten) Ausgaben ausgegangen werden kann.

Abb. 1 verdeutlicht den Unterschied zwischen den Verläufen der nominalen und der bereinigten Gesamtausgaben, indem die beiden Indexentwicklungen auf der Basis der 1995er Daten gegeneinander gestellt werden. Danach liegt die reale Ausgabensteigerung 1999 im Vergleich zu 1995 (nur) bei 1,25% und der Trendverlauf der bereinigten Zahlen knapp über dem Basiswert.

Die Veränderungen in den Leistungsbereichen

Unter Berücksichtigung der realen Daten zeigt eine Gegenüberstellung der Daten von 1995 und 1999 für die einzelnen Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe unterschiedliche Entwicklungen auf (vgl. Tab. 1). Insbesondere für die Arbeit in den beiden mit Abstand ausgabenstärksten Kategorien (Tageseinrichtungen für Kinder und Hilfen zur Erziehung u. a.) sind – bezogen auf die absoluten Zahlen – relativ große Veränderungen zu verzeichnen, die sich auch an den Verschiebungen des jeweiligen Prozentanteils an den Gesamtausgaben verdeutlichen lassen. Betrug etwa dieser Anteil für den größten Ausgaben-

Abb. 1: Indexentwicklung für die Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe (nominal, real; 1995–1999; Deutschl.)



Quelle: StBA: Fachserie 13, Reihe 6.4, versch. Jahrgänge

Hinter diesem Rückgang der Ausgaben für Gesamtdeutschland verbergen sich uneinheitliche Entwicklungen in West- und Ostdeutschland. Während im Westen die Ausgaben (nominal) für die Tageseinrichtungen für Kinder von ca.

um über 1 Mrd. DM. Diese Veränderungen hängen damit zusammen, dass die Ausgaben für ambulante Hilfeformen verdoppelt wurden (0,8 Mrd. auf 1,6 Mrd. DM). Die Ausgaben für den mit Abstand kostenträchtigen Bereich der Heimerziehung/sonstigen betreuten Wohnformen sind bei 4,4 Mrd. DM fast konstant geblieben (vgl. Liebig/Struck 2001). Auffallend ist die deutliche Steigerung der Ausgaben für erzieherische Hilfen, die den §§ 28 bis 35 SGB VIII nicht mehr zugeordnet werden – den sogenannten flexiblen Hilfen. Diese Ausgaben stiegen in den alten Ländern in den letzten drei Jahren von 50 Mio. DM auf 180 Mio. DM im Jahre 1999. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass die konzeptionellen Überlegungen zur Flexibilisierung von Erziehungshilfen offensichtlich in einem nicht unerheblichen Maße umgesetzt werden.

Reinhard Liebig

Tab. 1: Ausgabenentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe nach Leistungsbereichen (1995 und 1999; in Mio. DM; Deutschland)

Leistungsbereich	1995	Anteil in %	1999 (bereinigt)	Anteil in %	Veränderung in %
Jugendarbeit	2.546	7,6	2.530	7,5	-0,6
Jugendsozialarbeit	361	1,1	398	1,2	10,3
Allgemeine Förderung der Familie*	118	0,4	129	0,4	9,5
Unterbr. v. Müttern/Vätern m. Kind(ern)	71	0,2	122	0,4	71,3
Tageseinrichtungen für Kinder	19.161	57,6	18.564	55,1	-3,1
Hilfen gemäß §§ 28–35, 41, 42, 35a SGB VIII	7.454	22,4	8.602	25,5	15,4
Mitarbeiterfortbildung	44	0,1	40	0,1	-7,8
Sonstige Ausgaben	1.827	5,5	1.693	5,0	-7,3
Personalausgab. d. Jugendhilfeverwaltung	1.422	4,3	1.338	4,0	-5,9
Ausgaben (insgesamt)**	33.289	100,0	33.705	100,0	1,3

* Ohne Personalausgaben der Beschäftigten im Jugendamt/ASD

** Die Angabe ergibt sich nicht exakt aus den Summen der Leistungsbereiche, da bei den Einzel- und Gruppenhilfen nicht alle Ausgaben den Leistungsbereichen zugeordnet werden konnten.

Quelle: StBA: Fachserie 13, Reihe 6.4 (1996, 2001); eigene Berechnungen

block (Tageseinrichtungen für Kinder) im Jahr 1995 noch 57,6%, so ist dieser 1999 auf ein Kontingent von 55,1% gesunken. Dies entspricht – unter Berücksichtigung der bereinigten Zahlen – einer Ausgabenverringering von 3,1%.

- **Nominale Ausgaben:** Der in einer Rechnungsperiode (hier: Jahr) tatsächlich ausgegebene DM-Betrag.
- **Reale Ausgaben:** Konstruierte Größe (hier Basisjahr 1995), die die um die Preisveränderungsrate bereinigten Ausgaben darstellt.

13,6 Mrd. in 1995 auf 15,2 Mrd. DM angestiegen sind, haben sich die Ausgaben in den neuen Bundesländern in diesem Zeitraum um (nominal) einen Betrag von 1,3 Mrd. DM von 5,6 Mrd. DM auf 4,3 Mrd. DM verringert.

Die Addition der Hilfen zur Erziehung (bei den Einzel- und Gruppenhilfen) zeigt für 1999 einen (nominalen) Anstieg gegenüber dem Vorjahr um über 270 Mio. DM und gegenüber den Werten aus 1995 eine Steigerung

In diesem Heft verwendete Literatur:

Birg, H.: Demographisches Wissen und politische Verantwortung. Überlegungen zur Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 23. Jg., 1998, Heft 3, S. 221-251.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland, Bonn 1998.

Bürger, U.: Entwicklung der ambulanten Hilfen zur Erziehung und Veränderungen in der Inanspruchnahme stationärer Erziehungshilfen in den 90er Jahren, in Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Kinder- und Jugendhilfereport I, Münster, im Erscheinen.

Helming, E.: Sozialpädagogische Familienhilfe - Eine Zwischenbilanz, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 51. Jg., 2000, Heft 1, S. 9-15.

Irskens, B.: Die Zukunft der Fachberatung, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, 1999, Heft 10, S. 341-342.

Liebig, R./Struck, N.: Die Ausgaben der "öffentlichen Hand" für die Kinder- und Jugendhilfe, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Kinder- und Jugendhilfereport I, Münster, im Erscheinen.

Menne, K.: Institutionelle Beratung in der Jugendhilfestatistik, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Band 2, Neuwied 1997, S. 201-264.

Menne, K.: Aktuelle Entwicklungstendenzen in der Erziehungsberatung, in Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Kinder- und Jugendhilfereport I, Münster, im Erscheinen.

Münder, J./Mutke, B./Schöne, R.: Quantitative und qualitative Aspekte der Sicherung des Kindeswohls zwischen Jugendhilfe und Justiz. Eine Auswertung statistischer Grunddaten und veröffentlichter Gerichtsentscheidungen, in: Recht der Jugend und des Bildungswesens, 46. Jg., 1998, Heft 2, S. 195-205.

Fachberatung für Kindertageseinrichtungen

[ms] Die Fachberatung für Kindertageseinrichtungen blickt auf eine über 30-jährige Entwicklungsgeschichte zurück. Trotz Sparzwängen ist die Fachberatung bei den aktuellen Anforderungen eigentlich mehr denn je notwendig. Insbesondere sind drei Gründe zu nennen: (1) Die Anforderungen an Kindertageseinrichtungen sind angesichts flexibler Öffnungszeiten, der Entwicklung sozialräumlicher Konzepte, der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund etc. ständig gestiegen. (2) Die Qualitätsdiskussion und die Auseinandersetzung um den Kindergarten als Bildungsinstitution fordern die MitarbeiterInnen und Träger in ganz neuer Weise. (3) Änderungen der rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen führen zu neuen Herausforderungen (vgl. Irskens 1999).

Für den Stichtag 31.12.1998 wurde im Rahmen der vierjährigen Vollerhebung der Einrichtungen und tätigen Personen erstmals die Tätigkeit der Fachberatung von Kindertageseinrichtungen gesondert berücksichtigt. Ende 1998 gab es in ganz Deutschland laut Statistik 749 Beschäftigte, die in der Fachberatung von Kindertageseinrichtungen tätig waren. 645 Beschäftigte wurden von öffentlichen und 104 von freien Trägern gemeldet. Recherchen bei den freien Trägern haben ergeben, dass verbandsinterne Schätzungen zu deutlich höheren Zahlen kommen. Dies kann damit zusammenhängen, dass Geschäftsstellen der Landes- bzw. Kreisverbände in der Erhebung unberücksichtigt geblieben sind, der Begriff der Fachberatung in der Abgrenzung zur Dienst- und Fachaufsicht oder zur Tätigkeit als Referent/in nicht eindeutig oder die Fachberatung nicht die überwiegende Tätigkeit der Beschäftigten war. Diese Fehlerquellen müssen vor der nächsten Erhebung Ende 2002 noch genauer analysiert werden.

Die Anzahl der FachberaterInnen bei den öffentlichen Trägern ist als realistisch einzuschätzen, da die kommunalen

und Landesjugendämter bei der Erhebung vollständig berücksichtigt wurden. Ende 1998 arbeiteten in den alten Ländern bei den öffentlichen Trägern 395 FachberaterInnen und in den neuen Ländern 269. Die Aufgabe wurde überwiegend von Frauen wahrgenommen (AL = 80%, NL = 97%). 70% der FachberaterInnen in den alten Bundesländern (einschl. der freien Träger) verfügten über einen fachspezifischen Hochschulabschluss (Dipl.-Soz.-päd./arbeit., Dipl.-Päd.), hingegen war der Anteil der ErzieherInnen in den neuen Ländern mit 47% deutlich höher. Betrachtet man die rein rechnerische Größe der Anzahl der öffentlichen Kindertageseinrichtungen pro Vollzeitstelle ergibt sich eine Größe von 35 Einrichtungen pro Fachberater/in. Dieser Wert streut allerdings in den einzelnen Bundesländern sehr stark. Die Spanne reicht von 10 Einrichtungen pro Fachberater/in in den Stadtstaaten bis hin zu 100 Einrichtungen in Rheinland-Pfalz. Somit wird deutlich, dass die Fachberatung innerhalb der einzelnen Bundesländer – zumindest bei den öffentlichen Trägern – offensichtlich einen unterschiedlichen Stellenwert hat.

Anzeigen der Jugendämter zum Sorgerechtsentzug

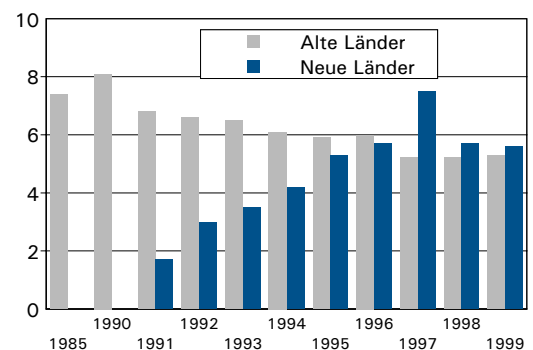
[jp] Jährlich werden Anzeigen bei Gefährdung des Kindeswohls im Rahmen von Jugendhilfeaktivitäten statistisch erfasst. Diese Daten ermöglichen zusammen mit den gerichtlichen Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge eine Bestimmung der »quantitativen Dimension des zivilrechtlichen Kinderschutzes« (Münder/Mutke/Schone 1998, S. 196).

Anzeigen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge stellen für das Jugendamt die letzte Möglichkeit zum Schutze des Kindeswohls

dar. In Westdeutschland wird von dieser Option vor allem nach Inkrafttreten des SGB VIII immer seltener Gebrauch gemacht. Wurden 1990 knapp 9.500 Anzeigen gezählt, so sind es neun Jahre später noch ca. 6.700. Dies entspricht einem Rückgang von 27% bzw. – bezogen auf 10.000 der unter 18-Jährigen – von acht auf fünf Anzeigen zum Entzug der elterlichen Sorge (vgl. Abb. 1). Es liegt zwar nahe, dass diese Entwicklung auf das Inkrafttreten des weniger eingriffsorientierten Kinder- und Jugendhilfegesetzes zurückzuführen ist, gleichwohl steht der Nachweis hierfür noch aus.

In den neuen Bundesländern zeigt sich zwischen 1991 und 1997 eine Zunahme der Anzeigen zum Entzug der elterlichen Sorge. Dies ist nach Münder/Mutke/Schone (1998) auf eine in der Phase des Neuaufbaus notwendig gewordene Konsolidierung im Kooperationsverhältnis von Jugendämtern und Vormundschaftsgerichten zurückzuführen. Ende der 90er Jahre scheint diese Entwicklung abgeschlossen, zumal relativiert auf die altersentsprechende Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland etwa gleich viele Anzeigen zum Entzug der elterlichen Sorge gezählt werden (vgl. Abb. 1). Somit scheinen sich bei allen nach wie vor vorhandenen kleinräumigen regionalen Differenzen in Ost- und Westdeutschland Wahrnehmungs- und Definitionsmuster hinsichtlich der Notwendigkeit eines Sorgerechtsentzugs angeglichen zu haben.

Abb. 1: Entwicklung der Anzeigen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge (1985–1999; pro 10.000 der unter 18-Jährigen; AL, NL)



Quelle: StBA: FS 13, Reihe 6.1.3, versch. Jahrgänge, eig. Berechn.

4. Jahrgang

Herausgeber:

Prof. Dr. Th. Rauschenbach

Redaktion:

Matthias Schilling

Jens Pothmann

Erscheinungsweise: 3mal jährlich



Impressum

ISSN 1436-1450

Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- & Jugendhilfestatistik – AKJ^{Stat}

Universität Dortmund

Institut für Sozialpädagogik,
Erwachsenenbildung und Pädagogik der
Frühen Kindheit

CDI-Gebäude, Vogelpothsweg 78,
44227 Dortmund

Tel.: 0231/755-5557 o. -5556

Fax: 0231/755-5559

www.akj-stat.fb12.uni-dortmund.de

E-mail: Schilling@isep.fb12.uni-dortmund.de

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement DM 19,00 zzgl. Versandkosten. Das Einzelheft kostet DM 8,00 zzgl. Versandkosten. Kündigung 6 Wochen zum Jahresende.

Satz: AKJ-Stat

Druck: Offsetdruck J. Heinze Dortmund

Aktuelle Literatur zur KJHG-Statistik

Bock, K./Timmermann, D.: Wie teuer sind unsere Kindergärten? Neuwied, Kriittel 2000.

Sobald die öffentlichen Ausgaben oder mögliche Konsequenzen aus dem demographischen Wandel für die Jugendhilfe im politischen Raum diskutiert werden, spielen die Tageseinrichtungen für Kinder und deren Kosten eine entscheidende Rolle. Diese Diskussionen können nun durch die umfang- und informationsreiche Veröffentlichung (428 Seiten mit 176 Tabellen) ein weiteres empirisches Fundament erhalten. Nach einer Darstellung der rechtlichen und terminologischen Grundlagen sowie Erläuterungen zu den Ausgaben der öffentlichen Haushalte wird den Zentralfragen nach den Kosten und den Finanzierungsstrukturen nachgegangen. Dabei wird auf Betriebskostenanalysen und Elternbefragungen in drei Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Niedersachsen) zurückgegriffen, deren Ergebnisse ausführlich und für jedes Land einzeln beschrieben werden. Dabei fanden für die Kostenanalysen Daten von 1.170 Kindertageseinrichtungen und für die Elternbefragungen 1.233 Fragebögen Berücksichtigung. Auf dieser Basis werden eine Fülle von Daten und Bezügen präsentiert.

Koch, G./Lambach, R.: Familienerhaltung als Programm. Forschungsergebnisse, Münster 2000.

Die Formen der Hilfen zur Erziehung werden kontinuierlich weiterentwickelt, wobei auch Anregungen aus anderen Ländern aufgenommen werden. Seit einigen Jahren werden in Deutschland sogenannte Kriseninterventionsprogramme für Familien (FIM, FAM) eingesetzt (ursprünglich aus den USA und den Niederlanden). Die Publikation beschreibt die Evaluation von vier Modellprojekten über einen Zeitraum von drei Jahren. Mit der Studie wird erstmals für

Deutschland eine empirische Untersuchung über die Umsetzung und die Wirkung dieser »importierten« Hilfeform vorgelegt. Die Untersuchungsergebnisse lassen erkennen, dass mit dem Ende der Krisenintervention die Hilfe i.d.R. nicht abgeschlossen ist: »Kriseninterventionen bedürfen fast immer einer Anschlusshilfe« (S. 107). Die Vermeidung von Fremdunterbringungen – eines der erklärten Ziele der Kriseninterventionen – konnte zwar plausibilisiert, aber aufgrund der fehlenden Vergleichsgruppe nicht eindeutig nachgewiesen werden.

Ministerium für Frauen, Jugend, Familien und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Entwicklungen in der Heimerziehung. Chancen neuer Präventionskonzepte. Expertise zum 7. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW, Düsseldorf 2000.

Die von Christian Schrapper und Sabine Ader erstellte Expertise zum 7. Kinder- und Jugendbericht des Landes Nordrhein-Westfalen, die kostenlos über das Ministerium zu beziehen ist, stellt sich ausgehend von den Befunden der KJHG-Statistik die Frage, warum nach wie vor so viele Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen in Heimen untergebracht sind. Für eine Beantwortung der Fragestellung werden drei den Bedarf konstituierende Ebenen unterschieden: (1) Lebenslagen von Familien, (2) Wahrnehmungs- und Definitionsprozesse, (3) Angebotspektrum. Da die Veränderungen der sozioökonomischen Lebenslagen nicht im Einflussbereich der Kinder- und Jugendhilfe stehen sowie die Ausdifferenzierung des Angebotspektrums der Erziehungshilfen in den Kommunen voranschreitet, kommen die Autoren zu dem Schluss, dass das wesentliche Potenzial für eine qualifizierte und ressourcenorientierte Steuerung der Kinder- und Jugendhilfe respektive der Hilfen zur Erziehung in den Verständigungs- und Aushandlungsprozessen sowie den Wahrnehmungs- und Definitionsprozessen liegt.